



## ETHISCHE GRUNDLAGEN VON NACHHALTIGKEIT

Geschichte und Aktualität eines viel gebrauchten Begriffs

### IN DIESER AUSGABE:

Vorpolitische Grundlagen  
des säkularisierten Staates

Die Evangelische Kirche der  
Pfalz im Nationalsozialismus

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ hat seinen Ursprung in der sächsischen Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts in Zusammenhang mit dem hohen Holzbedarf im Bergbau. Mit Rücksicht auf künftige Generationen darf in einer Wachstumsperiode nicht mehr Holz geschlagen werden als in der gleichen Periode nachwächst.

In den 1970er Jahren wurde immer deutlicher, dass die Probleme der Armut und der Umweltzerstörung zunehmen. Mit dieser Problematik beschäftigte sich 1987 die von den Vereinten Nationen gegründete Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung WCED. Sie veröffentlichte die als Brundtland-Report bekannt gewordene Studie „Unsere gemeinsame Zukunft“, beeinflusste die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik maßgeblich und war der auslösende Faktor für die Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992. Hier wurde erstmals das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ entworfen, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Auf dieser Konferenz wurden die Begriffe der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit geprägt.

Mit nachhaltiger Entwicklung sollten die Zerstörung von Umwelt und Natur beendet, die weltweite Armut beseitigt, weltweite und generationenübergreifende Gerechtigkeit erreicht und ökonomische, ökologische und soziale Ziele harmonisch miteinander verbunden werden. Trotz vieler Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung seit Anfang der 1990er Jahre ist die ökologische und soziale Gesamtbilanz ernüch-

ternd. Die wesentliche Ursache dafür ist, dass Wirtschaftswachstum in der praktischen Politik weiterhin dominiert und im Konfliktfall Vorrang hat. Nachhaltige Entwicklung wird als nachhaltiges Wachstum vereinbart.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gab daher gemeinsam mit Misereor 1996 die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“ (ZD I) heraus. Sie hat das Konzept des globalen Umweltraums bekannt gemacht. Der Umweltraum bezeichnet den Raum, den die Menschen in der natürlichen Umwelt benutzen können, ohne wesentliche Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen. Das ZD I hat außerdem die internationale Gerechtigkeit thematisiert und den gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu den natürlichen Ressourcen.

In den vergangenen Jahren haben Debatten über die Globalisierung

und den Klimawandel an Bedeutung gewonnen, ohne dass entscheidende Fortschritte erzielt wurden. Deshalb veröffentlichte der BUND 2008, diesmal gemeinsam mit „Brot für die Welt“ und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (ZD II). Darin werden das Wirtschaftswachstum der Industrienationen kritisiert und Leitlinien für eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickelt. Für den Weg zu einem ökologischen Wohlstand geben die vier Prinzipien Dematerialisierung (Effizienz), Naturverträglichkeit (Konsistenz), Regionalisierung und Selbstbegrenzung (Suffizienz) eine Orientierung.

Gerade die Selbstbegrenzung ist jedoch der kritische Punkt in einer Gesellschaft, für die das Wirtschaftswachstum oberste Priorität hat und ökologische und soziale Ziele dahinter zurückstehen müssen. Die gängige Auffassung, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum gingen zusam-

men, ist semantisch elegant vereint in den Begriffen „nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ oder „grünes Wachstum“. Langfristig ist das aber ein Trugschluss. Es muss eine ehrliche Auseinandersetzung geführt werden, ob Wirtschaftswachstum bei Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit möglich ist, oder ob der Ressourcenverbrauch in den Industrieländern verringert werden muss, damit die Entwicklungsländer wirtschaftlich wachsen können.

Die Hoffnungen auf Wirtschaftswachstum als gesellschaftlichen Problemlöser haben sich in den Industrieländern seit den 1970er Jahren nicht mehr erfüllt. Lange galt die Annahme, mit Wirtschaftswachstum nähmen auch Wohlstand, Wohlergehen, Zufriedenheit und Glück zu. Dieser Zusammenhang besteht bis zu einer Schwelle, die ungefähr bei der Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens der reichen Industrieländer liegt. Darüber hinaus verbessert das Wirtschaftswachstum kaum mehr die Lebenszufriedenheit der Menschen. Ebenso wenig trägt Wirtschaftswachstum zu einem hohen Beschäftigungsniveau bei, denn zunehmende Arbeitsproduktivität infolge des technischen Fortschritts setzt Arbeitsplätze frei.

Auch die Hoffnung auf Verringerung sozialer Ungleichheiten durch Wirtschaftswachstum hat sich nicht erfüllt. Armut und ungleiche Bildungschancen sind weiter ein Problem. Ebenso wenig haben die mit dem Wirtschaftswachstum verbundenen höheren Steuereinnahmen zum Abbau der Staatsverschuldung geführt. Demnach gibt es viele Gründe, über eine Postwachstumsgesellschaft nachzudenken und Konzepte für eine Zukunft zu entwickeln, in der es sich auch ohne Wachstum gut leben lässt.



Das Haus der Nachhaltigkeit in Johanniskreuz.

(Foto: view)

Angelika Zahrnt

## EDITORIAL

Um das Image von Managern ist es nicht gut bestellt. Im aktuellen GfK-Vertrauensindex rangieren sie auf dem vorletzten Platz – schlechter steht es nur noch um das Ansehen der Politiker. Ist das gerecht?

Wirtschaftsführer stehen vor schwierigen Aufgaben. Sie müssen nicht nur die ökonomischen Herausforderungen in ihren Unternehmen bewältigen. Die Gesellschaft erwartet viel mehr: Gefragt sind persönliche Tugenden wie Unbestechlichkeit, Bescheidenheit und Verlässlichkeit. Mitarbeiter und Gewerkschaften fordern attraktive Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Arbeit soll befriedigend sein, Profite sinnvoll verwendet und fair verteilt werden. Die ökologischen Gleichgewichte dürfen durch wirtschaftliches Handeln nicht weiter destabilisiert werden. Die Produkte sollen nützen und Spaß machen. Es geht längst nicht mehr nur um materiellen Wohlstand. Es geht um Gerechtigkeit, Lebensqualität und Glück. Selbstverständlich verbergen sich hinter einem solchen Erwartungshorizont komplexe Ziel- und Interessenskonflikte.

Was kann dazu beitragen, dass Unternehmer gesellschaftliches Vertrauen wiedergewinnen? Die Antwort kann in einer demokratischen Gesellschaft nur heißen: der offene Diskurs. Unternehmer sind Spezialisten für unternehmerische Strategien und Handlungsspielräume. Spezialisten für die sozialen und ökologischen Folgen des Wirtschaftens sind andere. Urteile über die religiösen und ethischen Dimensionen des Wirtschaftens brauchen eine breite



Akademiedirektor Christoph Picker.

Basis. Und Experten für Glück sind alle Bürger.

Nachhaltiges Vertrauen lässt sich nicht mit Imagekampagnen herbeiwirken. Es erfordert den Mut zum Gespräch. Gerhard Braun, Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, und Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz, haben sich dem bei den „Akademiegesprächen“ gestellt. Wir dokumentieren Kurzfassungen ihrer Beiträge. Die Evangelische Akademie bietet eine Plattform für das Gespräch zwischen Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft. Weil es im Tiefsten eine religiöse Einsicht ist, dass Vertrauen nur in kommunikativen Prozessen entstehen kann.

Ihr

*Christoph Picker*

## HAUSMITTEILUNG

Zum ersten Mal seit langen Jahren tagte die Mitgliederversammlung der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (ead) wieder in der Pfalz. Auf dem Programm standen strategische Überlegungen, ein Gespräch mit Kirchenpräsident Christian Schad und die Aufnahme der neu gegründeten Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig. Dem Dachverband gehören 16 Akademien an, die sich den Standards eines offenen gesellschaftlichen Diskurses auf hohem Niveau verpflichtet wissen. Insgesamt erreichen die etwa 140 Studienleiter der Akademien mit 2000 Veranstaltungen im Jahr rund 100 000 Teilnehmende. Die Evangelische Akademie der Pfalz ist die zweitkleinste Mitgliedsakademie. Sie punktet mit ihren wirtschaftsethischen und integrationspolitischen Schwerpunkten – und mit ihrer Jungen Akademie. Klein, aber fein und jung!

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker  
**Redaktion:** Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck  
**Verlag:** Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44  
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

## ETHIK DER MEDIEN

**Die Bilder des „Medien“ genannten gesellschaftlichen Systems sind vielfältig und reichen von Karnickelzüchter interviewenden Lokaljournalisten, Politik erklärenden Fernsehreportern, Intellektuellenblättern wie der „Zeit“ bis hin zur Yellow Press à la „Bild“. Medien beschreiben sich selbst als „Watchdogs“, die Politik und Wirtschaft kritisch beobachten; manchmal beschreiben sie sich sogar als „vierte Gewalt im Staat“.**

Während auf den ersten Blick einleuchtet, dass die aufgezählten gesellschaftlichen Zuschreibungen in Bezug auf die Breite der Medienlandschaft jeweils nur Teilbereiche erfassen und deshalb zweifelhaft sind, muss ebenso die zunächst plausibler klingende Selbstbeschreibung der Medien kritisch gesehen werden, und zwar aus mehreren Gründen.

Zunächst kann festgestellt werden, dass es „die Medien“ nicht gibt. Die nordamerikanische, auf wenige große Konzerne zugeschnittene Medienlandschaft ist eine vollkommen andere als die relativ heterogene deutsche. Ein erster Differenzierungsfaktor ist demnach die nationale Verortung der Medien.

Eine zweite Unterscheidung muss zwischen verschiedenen Medienarten wie Print, Fernsehen, Radio und Internet gemacht werden. Hier gibt es zwar bei größeren Verlagshäusern Überschneidungen – „Spiegel“ und „Spiegel Online“ sind dafür ein Beispiel –, jedoch unterscheiden sich die Formate deutlich hinsichtlich ihrer Inhalte wie auch der wirtschaftlichen Anbindung.

Die wichtigste Unterscheidung liegt in der Eigentümerstruktur der Medien: Es liegt auf der Hand, dass die „Protexzte“ der Evangelischen Akademie der Pfalz in einen vollkommen anderen Kontext eingebunden sind und andere Erwartungen erfüllen als die „Süddeutsche Zeitung“. Aber auch unter den in Deutschland etablierten Medien gibt es eklatante Unterschiede in der Besitzerstruktur, nämlich zwischen Medien in Privat- oder Gesellschafterhand, die eine relative Unabhängigkeit besitzen, und solchen, die als kleiner Teil in größere Konzerne eingebunden sind, welche global operieren und einzelne Formate gezielt für nationale Märkte platzieren. Damit werden Medien ganz unmittelbar ein Teil von Aktiengesellschaften mit deutlich formulierten Renditeerwartungen der Anteilseigner.

Diese Aufzählung soll nicht zwischen „guten“ und „bösen“ Medien unterscheiden, sondern einen Hinweis geben auf die Unzulänglichkeit der Kategorisierung „die Medien“; diese müsste durch präzisere Beobachtungen, aber auch Selbst-Beobachtungen ersetzt werden. In diesem

Punkt sind sich die ansonsten sehr heterogenen Medien erstaunlich ähnlich: Eine kritische Selbstbeobachtung ihrer Rolle fällt weitestgehend aus. Eigentlich sollte das Anlass zum Staunen geben – rühmen sich Medien doch, wie oben angeführt, ihrer Rolle als kritische Beobachter.

**Eine kritische Medienethik ist bei den Medien selbst nur unzureichend ausgebildet.**

Diese Frage wurde auch bei der diesjährigen „Consulting Akademie Unternehmensethik“, einer von der Evangelischen Akademie der Pfalz geförderten Tagung für Studierende aus dem Bereich

der Wirtschafts- und Unternehmensethik, diskutiert. Obwohl die Diskussionen eine erfreuliche inhaltliche Differenzierung aufwiesen, traten doch eher neue Problemansichten als Lösungsvorschläge zutage. Aus wirtschaftsethischer Sicht scheint sich die Erkenntnis herauszukristallisieren, dass mediale Selbstbeobachtung eher in Form von Stilkritik im Feuilleton oder in der Wahl eines „Leitmediums“ stattfindet, selten jedoch als aufklärender Journalismus. Wenn doch massive inhaltliche Kritik geäußert wird, etwa im Falle des britischen Skandalblattes „News of the world“, dessen Journalisten monatelang Telefone abgehört und auf strafbare Weise die Privatsphäre zahlreicher britischer Staatsbürger verletzt hatten, dann folgt diese Kritik dem soziologisch beschreibbaren Prinzip der medialen Skandalisierung des Einzelfalls. Im genannten Beispiel führte das zum Untergang des Blattes. Eine darüber hinausgehende nachhaltige Reflexion der auch bei anderen Medien angewandten Praktiken der Informationsbeschaffung und Berichterstattung fiel aber erstaunlicherweise komplett aus.

Welche Schlussfolgerung lässt sich ziehen? Einerseits kann für den Moment festgehalten werden, dass aus wirtschaftsethischer Perspektive eine kritische Medienethik bei den Medien selbst nur unzureichend ausgebildet ist – mit den beschriebenen Konsequenzen. Daraus erfolgt andererseits der Gedanke, eine kritische mediale Selbstbeobachtung in Richtung einer Medienethik zukünftig verstärkt zu forcieren. Abzuwarten bleibt, wie schnell und auf welche Art und Weise diese Überlegungen Widerhall finden. Es gibt viel zu tun. *Jan Hendrik Quandt*



**E**in ganzheitliches Konzept der Nachhaltigkeit setzt sich aus drei Säulen zusammen: ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Nur wenn alle drei Säulen auf einem stabilen Fundament stehen, trägt das Konzept. Das erfordert verantwortliches Handeln auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Unternehmen in Deutschland stellen sich dieser Verantwortung.

Nachhaltiges Wirtschaften aus Sicht der Unternehmen heißt in erster Linie, dauerhaft erfolgreich zu sein. Gewinne sind überlebensnotwendig und ethisch geboten, denn nur ein Unternehmen, das Gewinne erwirtschaftet und erfolgreich auf dem Markt platziert ist, kann gute und preisgünstige Produkte bieten, Arbeitsplätze sichern und einen Beitrag zur Entwicklung des Gemeinwesens leisten. Die Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sind Beispiel für eine gelebte Kultur der Nachhaltigkeit.

Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine ausgeprägte und lebendige Unternehmenskultur. Werte schaffen Werte – gerade auch im Umgang mit den Mitarbeitern. Die Unternehmen in Deutschland zeigen dabei ein umfassendes freiwilliges Engagement. Das gilt für den Bereich der betrieblichen Aus- und Weiterbildung ebenso wie für eine familienorientierte Personalpolitik oder die Förderung der Vielfalt in den Betrieben.

Ökonomische Nachhaltigkeit bedeutet deshalb auch, Unternehmenswerte zu leben und eine Unternehmenskultur zu pflegen. Die Personalentwicklung und der Umgang mit den Mitarbeitern sind entscheidende Bausteine für eine lebendige Unternehmenskultur – und für nachhaltigen ökonomischen Erfolg. Den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, ist daher keineswegs uneigennützig. Für die Unternehmen bedeutet das in erster Linie Investition in Aus- und Weiterbildung. Dafür investieren deutsche Unternehmen mehr als 50 Milliarden Euro jährlich. Unser System der beruflichen Ausbildung hat Vorbildcharakter in der Welt.

Aber auch das sogenannte Diversity Management, das die aktive Wertschätzung von Vielfalt in den Belegschaften in den Vordergrund stellt, ist ein Ansatz, der sich wachsender Anerkennung und Umsetzung erfreut. Es zielt nicht nur darauf ab, die Vielfalt zu akzeptieren, sondern die darauf beruhenden unterschiedlichen individuellen Potenziale und Fähigkeiten optimal auszuschöpfen.

Der Staat, und das betrifft die zweite Säule der Nachhaltigkeit, hat



Große Konzerne wie die BASF sind führend bei Klimaschutz und Umwelttechnologien.

(Foto: Kunz)

# NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

## Die Verantwortung der Unternehmen für die Gesellschaft

**Der Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Gerhard F. Braun, plädierte beim Akademiegespräch des Frank-Loeb-Instituts Landau und der Evangelischen Akademie der Pfalz zum Thema „Bewahrung der Schöpfung: Ethische Grundlagen der Nachhaltigkeit“ am 30. November 2010 in Landau für ein ganzheitliches Konzept der Nachhaltigkeit. Wir dokumentieren eine Kurzfassung.**

**Unternehmen stellen sich den Anforderungen durch Innovationen und neue Technologien.**

die Verpflichtung, konsequent und verlässlich langfristigen Zielen zu folgen und nicht auf Kosten künftiger Generationen zu handeln. Die horrende Staatsverschuldung ist eine Last auf den Schultern unserer Kinder und Kindeskinde. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Schuldenbremse ist ein sinnvoller Schritt. Sie kann allerdings nur der Auftakt zu mehr Ausgabendisziplin in den öffentlichen Finanzen sein. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erfordert eine Doppelstrategie aus Ausgabensenkungen und wachstumsfördernden Maßnahmen. Es darf nicht der bequeme Weg gegangen werden, die Einnahmen zu erhöhen. Steuer- und Beitragserhöhungen sind falsch. Gespart werden muss vor allem im konsumtiven Bereich.

Alles gehört auf den Prüfstand, auch Subventionen für Unternehmen. Subventionen haben schädliche Folgen, denn sie verzerren die Preise und damit den Wettbewerb, indem sie Subventionsempfänger gegenüber ihren Konkurrenten privilegieren. Sie begünstigen eine Fehlallokation von Ressourcen und verzögern den notwendigen Strukturwandel, weil sie erforderliche Anpassungen entbehrlich machen.

Die Idee der Nachhaltigkeit muss auch Maßstab sein für die Gestaltung der Sozialsysteme. Diese kön-

nen ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie durch strukturelle Änderung an den demografischen Wandel angepasst werden. Belastungen der Wirtschaft durch steigende Sozialbeiträge wirken sich auf die Beschäftigung negativ aus. Daneben erfordert soziale Nachhaltigkeit mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik. Die Wirtschaft unterstützt Reformen zur Verbesserung der Bildung, um die Entfaltung aller Potenziale zu ermöglichen. Individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, mehr Durchlässigkeit und die gleichzeitige Bildung von Persönlichkeit und Berufsfähigkeit sorgen für Chancengerechtigkeit und Teilhabe unabhängig von sozialer Herkunft.

Schulische Bildung muss den Schülern Kompetenzen vermitteln, die sie zur erfolgreichen Fortsetzung ihres Bildungs- und Berufsweges befähigen. Schwächere Schüler dürfen nicht den Anschluss an die Wissensgesellschaft und den Einstieg in das Berufsleben verlieren. Die duale Ausbildung ist ein hervorragendes Instrument für den Einstieg in Arbeit. Sie bietet einem breiten Spektrum von Jugendlichen gute berufliche Perspektiven. Die Unternehmen bilden etwa 1,5 Millionen junge Menschen aus und investieren dafür pro Jahr 28 Milliarden Euro. Selbst im schwierigen Jahr 2009 haben sie gegen den Trend an Ausbildung festgehalten. Größte Herausforderung für den Ausbildungsmarkt ist aber die mangelnde Ausbildungsreife vieler Schulabgänger.

Die deutsche Wirtschaft bekennt sich ausdrücklich zum Klimaschutz und übernimmt Verantwortung – auch wegen der großen Chancen, die für das Industrieland Deutschland im globalen Klimaschutz stecken. Deutschland ist Weltmarkt- und Innovationsführer in Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien. Jede dritte Solarzelle und fast jedes zweite Windrad weltweit wird in Deutschland produziert. Damit hat die Umweltindustrie auch eine große beschäftigungspolitische Relevanz.

Nachhaltigkeit bedarf eines übergreifenden Ansatzes und versucht auch die beschäftigungspolitischen Auswirkungen von Umweltschutz in die politische Kalkulation mit einzu beziehen. Mehr Wachstum, Beschäftigung und Umweltschutz schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern bedingen einander.

Immer häufiger wird die 1972 vom Club of Rome gestellte Frage nach den „Grenzen des Wachstums“ neu aufgeworfen. Unsere Antwort: Nachhaltiges Wachstum ist möglich und dringend erforderlich. Eine nachhaltige Wachstumsstrategie erfordert große Anstrengungen, der sich die Unternehmen stellen; durch Innovationen und neue Technologien leisten sie einen wesentlichen Beitrag für nachhaltiges Wachstum. Insbesondere geht es um energieeffizientes und Ressourcen schonendes Wachstum, damit nicht nur mehr, sondern auch besser produziert wird. Die deutschen Unternehmen sind hier Vorbild in der Welt.



Formuliert wurde dieser Satz im Rahmen eines verfassungsgeschichtlichen Themas, nämlich der Herausbildung des Staates als weltliche und politische Ordnung. Der Staat hat sich aus den vielfältigen Herrschaftsverhältnissen des Mittelalters gebildet, und zwar als eine Institution, die die religiös-sakrale Einheitswelt aufsprengt und dadurch die politische Ordnung entsakralisiert hat. Den Beginn dieser Entwicklung würde man in der Glaubensspaltung der Reformation vermuten. Er liegt jedoch im Investiturstreit, in der mittelalterlichen Auseinandersetzung um die Freiheit der Kirche, die sich entwinden wollte aus der politischen Gewalt, die ihrerseits selbst Teil dieser sakralen Ordnung war. Dort nahmen die geistigen Bewegungen, die sich in politisches Handeln umsetzten, ihren Anfang. Der entscheidende Punkt in dieser Auseinandersetzung war die Unterscheidung von geistlich und weltlich. Sie wurde entwickelt von den Theologen und Juristen im 11. und 12. Jahrhundert. Folge der Unterscheidung und Gegenüberstellung von geistlich und weltlich war die Sprengung der bis dahin existierenden religiös-politischen Einheitswelt.

Wenn sich aber nun geistlich und weltlich gegenüberstehen, stellte sich die Frage nach der Verhältnisbestimmung: Wie ist das Verhältnis von geistlicher zu weltlicher Gewalt? Ist die geistliche der weltlichen übergeordnet oder umgekehrt? Am Anfang wollte die Kirche, vor allem das Papsttum, die Freiheit für die Kirche selbst erreichen, aber in einer als christlich verstandenen Welt eben auch die Superiorität der Kirche.

Die Entwicklung ist dann aber in einer dialektischen Weise verlaufen: Der Kampf um die Superiorität der geistlichen Gewalt konnte sich auch umdrehen. Die politische Gewalt wurde nun von der Kirche aus dieser religiös-politischen Einheitswelt hinausgedrängt, weil sie ein weltliches Geschäft war. Wenn nun aber die geistliche Gewalt im Hinblick auf die Dinge des Glaubens das letzte Wort behält, konnte es nicht ausbleiben, dass die weltliche Macht im Gegenzug dazu beansprucht, in Fragen der politischen Ordnung das letzte Wort zu behalten.

Im Hinblick auf die Gewaltenteilung hatte dies zur Folge, dass man auf der herkömmlichen Grundlage nicht mehr zu einer friedlichen Ordnung kommen konnte. Es kam dann, infolge der konfessionellen Bürgerkriege nach

der Reformation zum Primat der Politik vor dem Kampf um die Durchsetzung der religiösen Wahrheit. Der Streit war vorprogrammiert, weil man dachte, die Ordnung des Zusammenlebens müsse über die religiöse Wahrheitsfrage ausgetragen werden; über die religiöse Wahrheit gab es aber keine Einigung, denn jeder versuchte seinen Wahrheitsanspruch durchzusetzen. Also musste im Rahmen der Möglichkeiten politischer Ordnung bestimmt werden, wie die nun geteilten Konfessionen miteinander zurechtkommen können und wie sich das Zusammenleben gestaltet.

Das führte dazu, dass der Staat seine Weltlichkeit immer ernster genommen hat; um des Friedens willen hat der Staat die Religion zunächst begrenzt und dann mehr und mehr freigegeben. Die Religionsfreiheit wurde in Stufen gewährleistet und hat sich bis ins 19. Jahrhundert durchgesetzt und wurde, je länger je mehr, zu einer Bewegung hin zur allgemeinen Freiheit.

Der Satz, dass der freiheitliche, säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selber nicht garantieren kann, ist entstanden nicht als ein normatives Postulat im Hinblick auf die Religion, sondern als eine systematische Schlussfolgerung, als Hinweis auf eine strukturelle Gegebenheit, die für die politische Ordnung im Verhältnis zu den sie tragenden Kräften besteht, nachdem die Religion nicht mehr die verbindliche Grundlage für das Zusammenleben ist. Woraus erhält der Staat das ihn tragende Ethos und die relative Gemeinsamkeit, wenn die Religion nicht mehr essenziell für ihn ist? Das ist in dem Satz, in dem die Religion selbst ja nicht einmal erwähnt ist, zusammengefasst.

Als ich diesen Satz während der Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils erstmals vorgetragen habe, wollte ich bei den Christen, vor allem bei den Katholiken, dafür werben, sich vorbehaltlos zur Ordnung des freiheitlich-säkularen Staates zu bekennen. Damals waren die Debatten über die Religionsfreiheit noch in vollem Gange. Niemand sollte dem christlichen Staat nachtrauern, den es auf der Grundlage von Religionsfreiheit nicht mehr geben kann. Es war die Aufforderung, diesen Staat als die Chance der Freiheit zu ergreifen, um ihm so die Grundlagen zu vermitteln, die er braucht, um lebendig bleiben zu können.

Wenn man über die Bedeutung dieses Satzes für die Gegenwart nachdenkt, ist zunächst zu fragen, was die



Erst in dem von Papst Johannes XXIII. einberufenen Zweiten Vatikanischen Konzil bekannte sich die katholische Kirche voll zur Religionsfreiheit.

(Foto: epd)

## TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE BEGINNT MIT DEM INVESTITURSTREIT

Ernst-Wolfgang Böckenförde hat über vopolitische Grundlagen des Staates referiert

Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht und Professor für Staats- und Verfassungsrecht in Freiburg, ist der Autor des am häufigsten zitierten Satzes zum Verhältnis von Staat und Kirche. Dieser Satz lautet: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Böckenförde, katholischer Christ und SPD-Mitglied, hat in einer Vielzahl von Publikationen und Vorträ-

Rede vom freiheitlich-säkularen Staat genau sagen will. Aus rechtlicher Perspektive bedeutet Säkularisation die Entlassung einer Institution aus kirchlich-geistlicher Observanz in die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das ist die Eigenschaft des säkularisierten Staates. Aber was bedeutet nun die Rede vom freiheitlichen säkularisierten Staat? Er wird geprägt durch die Grundrechte als Freiheitsrechte – nicht nur durch Religionsfreiheit, auch durch Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit und Entfaltungsfreiheit. Das führt zur Gewährleistung einer Pluralität von Auffassungen und Einstellungen, die in

Freiheit ohne Eingriffe gelebt werden können. Nur die elementaren Erfordernisse des friedlichen Zusammenlebens sollen dieser Freiheit Grenzen setzen.

Die Wertgrundlage dieser Ordnung ist die Freiheit selbst. Dazu gehört die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates. Neutralität des Staates bedeutet, dass er sich nicht mit einer Religion identifiziert, aber der Religion Raum zur Entfaltung lässt. Religionsfreiheit bedeutet: Ich kann eine Religion ausüben, ich kann es aber auch sein lassen; ich kann mich zu ihr bekennen, muss es aber nicht. Religionsfreiheit schafft keine Garantie für den Bestand, sondern nur für die Ermögli-

gen in den vergangenen vier Jahrzehnten die staatsrechtlichen Grundlagen und Konsequenzen des als „Böckenförde-Diktum“ bekannten Satzes erläutert, zuletzt beim 10. Speyerer Herbstforum der Evangelischen Akademie der Pfalz am 25. August 2011, wo im Rahmen der „Evangelischen Akademie im Salierjahr“ über das Thema „Wie viel Kirche braucht der Staat?“ diskutiert wurde. Die „Protexe“ dokumentieren Auszüge aus Böckenfördes Eingangreferat.

chung von Religion – und zwar genau so lange und so weit, wie sie von den Gläubigen ausgeübt wird.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit der Staat Religion braucht. Das führt zu dem Grundproblem: Wo bilden sich die vopolitischen Grundlagen für ein gedeihliches Zusammenleben? Woraus lebt das staatstragende Ethos, der Sinn für das Gemeinwohl und die soziale Verantwortung? Wo bilden sich die Regulierungskräfte der Freiheit als Barrieren gegen einen extremen Individualismus?

Ich möchte vorschlagen, heuristisch vorzugehen und zunächst zu fragen, woher das staatstragende und zur sozia-

len Verantwortung fähige Ethos kommt. Als Antwort liegt nahe, dass dieses Ethos aus der tradierten und gelebten Kultur kommt – aus all dem, was als Kultur gelebt wird: die Sitten und die präsenste Sittlichkeit in der Kultur. Das führt allerdings sofort zur nächsten Frage, woraus sich die Kultur formt und erhält. Wenn wir danach fragen, zeigt es sich, dass es innerhalb der Kultur mehrere Wirkungskräfte gibt, zu denen auch die Religion gehört.

Es gibt aber bestimmte Bedingungen dafür, was eine Wirkungskraft der Kultur ist. Kann man sagen, dass jede Religion eine solche Wirkungskraft ist? Eine Bedingung dafür ist, dass die Leh-

ren einer Religion mit einer freiheitlichen Ordnung verträglich sind. Das ist bei den christlichen Kirchen heute ganz sicher der Fall. Wir wissen aber aus der Geschichte, dass das nicht immer so war. Gerade die Auseinandersetzung um die Anerkennung der Religionsfreiheit, dass nämlich Papist und Ketzer friedlich zusammenleben können, war eine lange und kriegerische Geschichte. Das ist immer noch ein Problem im Blick auf den Islam, weil dort die Trennung zwischen Religion und Politik ein schwieriges und noch nicht gelöstes Problem ist.

Eine zweite Bedingung dafür, dass die Religion diese Funktion erfüllen kann, ist, dass von ihr eine lebendige Wirkkraft ausgeht. Wenn man nach dieser lebendigen Wirkkraft fragt, ist die Bilanz, bezogen auf die christlichen Kirchen in Deutschland, nicht eben ermutigend. Nach dem Stand von 2006 sind 62,8 Prozent der deutschen Bevölkerung getaufte Christen. In den neuen Bundesländern sind es noch 15 bis 30 Prozent im Durchschnitt – 15 Prozent, wenn ich auf die junge Generation schaue. Aber es ist nicht einfach nur ein West-Ost-Gefälle: In der Stadt Frankfurt waren es 2006 47,2 Prozent getaufte, in München, der Hauptstadt des christlichen Bayerns, sind es 53,7 Prozent, und die Tendenz ist abnehmend. In drei Jahren hat sich der Wert immer um etwa zwei bis zweieinhalb Prozent vermindert, und es ist kein Wachstumsprozess in Sicht. Außerdem sind das äußere statistische Daten, die noch keinen Beweis für die innere Lebendigkeit enthalten – und vor allem sagen sie nichts über die Vermittlungsleistung an die kommende Generation.

Die Gesamtlage ist deshalb, bezogen auf die Kirchen, eher prekär. Sie sind wichtig, aber ihre Wertkraft ist abnehmend. Die Wirkung geschieht heute eher indirekt über die Wurzeln der gelebten Kultur und das Erbe der Religion, das in dieser Kultur lebendig ist und fortlebt. Die Wirkung der Kultur ist aber ein lebendiger Prozess, und es ist deshalb offen, in welche Richtung sich alles weiterentwickelt.

Kann der Staat etwas tun, oder muss er einfach zusehen? Mein berücktigter Satz ist oft so verstanden worden, dass der Staat sich ganz heraushalten muss, weil er die nötigen Voraussetzungen nicht schaffen kann. So ist der Satz aber nicht formuliert, denn es geht um Voraussetzungen, die der Staat mit seinen hoheitlichen Mitteln nicht garantie-

ren kann. Das bedeutet aber nicht, dass er im Hinblick auf die Weitergabe an die nachfolgenden Generationen nichts tun könnte, um die vopolitischen Grundlagen zu schützen und zu stützen.

Da gibt es mehrere Anwendungsbereiche. Ein Anwendungsbereich liegt in der allgemeinen Kulturpolitik, die positive Rahmenbedingungen dafür setzt, dass solche Ethosbestände erneuert, reproduziert und weiter getragen werden können. Es war meines Erachtens ein großer Fehler, damals aus Ärger über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in das Privatrundfunk- und -fernsehewesen mit Emphase hineinzugehen. Wir müssen ja sehen, dass in dem Maße, wie die Erziehungsmacht der Eltern abnimmt, die faktische Erziehungsmacht der Medien zunimmt, denn von den jungen Menschen werden Vorbilder gesucht.

Besonders wichtig erscheint mir die Aktivierung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags, der heute weithin daniederliegt. Inwieweit wird dort der Auftrag ernst genommen, die Ethosbestände zu regenerieren, weiter zu tragen und lebendig zu halten?

Für mich stellt sich schon lange die Frage, ob wir nicht einen obligatorischen Ethikunterricht brauchen – nicht als Ersatz für Religion, sondern als Ergänzung. Der Ethikunterricht bietet eine Möglichkeit, Ethosbestände lebendig zu erhalten und zu vermitteln. Wir haben klassische Texte aus allen Epochen und Kulturen, die bei der Bildung von Gemeinsinn helfen können. Der Ethikunterricht zwingt ja nichts auf, sondern konfrontiert mit Inhalten. Ich denke, davon können Wirkungen ausgehen.

Ich habe es immer bedauert, dass es nicht gelungen ist, das Projekt „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) zu entflechten. Wir brauchen heute Religionskunde. Wie soll man anders die nationale Kultur vermitteln? Goethes Faust ist ohne die Kenntnis des Christentums nicht zu verstehen. Neben konfessionellem Religionsunterricht ist Ethik auch deshalb wichtig, weil ja niemand behaupten kann, dass die Religion das Monopol auf Ethik hat; da gibt es mehrere Quellen, und es ist nicht unbedingt ein Fortschritt, wenn der Religionsunterricht, der nur noch formell als konfessioneller Unterricht firmiert, sich zunehmend mehr auf Sozialethik verlagert und die Vermittlung von Grundlagen des Glaubens immer weiter hinter diesen Schwerpunkt zurücktreten lässt.

Wir brauchen einen obligatorischen Ethikunterricht als Ergänzung zum konfessionellen Religionsunterricht.





Denkmal zur Erinnerung an die Barmer Theologische Erklärung in Wuppertal-Barmen.

(Foto: cpd)

# LANDESKIRCHE IN DER NS-ZEIT

## Direktor Christoph Picker über ein Handbuch-Projekt

**Unter Federführung der Evangelischen Akademie entsteht ein Handbuch, das in thematischen Querschnitten ein Bild von der Geschichte der pfälzischen Landeskirche im Nationalsozialismus zeichnet. Den Herausgeberkreis bilden Gabriele Stüber, Direktorin des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche der Pfalz, Klaus Bümlin, Vorsitzender des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte, Frank-Matthias Hofmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei der saarländischen Landesregierung, sowie Akademiedirektor Christoph Picker.**

Eine umfassende Untersuchung der Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit ist überfällig. Unter der Dominanz des Kirchenkampfparadigmas konzentrierte sich die Forschung jahrzehntelang auf die Evangelische Kirche der altpreußischen Union und auf die sogenannten „intakten“ Landeskirchen. Erst in jüngerer Zeit ist eine gewisse Neuorientierung zu beobachten. Als erste pfälzische Veröffentlichung erschien 1960 die seinerzeit verdienstvolle Quellensammlung des Oberkirchenrates Richard Bergmann, die den methodischen Ansprüchen zeitgeschichtlicher Forschung jedoch nicht genügt. 1974 veröffentlichte Karl-Georg Faber in den Blättern für pfälzische Kirchengeschichte erste skizzenhafte Überlegungen zu einer Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit. Die bisher intensivste Auseinandersetzung leistete 1997 der Historiker Thomas Fandel in seiner Trierer Dissertation über evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz von 1930 bis 1939. Ein Gesamtüberblick zur Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit fehlt.

Aufgrund signifikanter Sonderentwicklungen ist die Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit als Forschungsgegenstand von überregionalem Interesse. Ein kirchengeschichtliches Unikum ist der 1934 zum „Landesbischof“ gewählte

Ludwig Diehl, der spätestens seit 1927 ein überzeugtes Mitglied der NSDAP war. Von 1935 bis 1937 gehörte Diehl als einziger „Kirchenführer“ einer Landeskirche dem Reichskirchenausschuss an und war in dieser Funktion an den Verhandlungen über die Einrichtung von Landeskirchenausschüssen in Bayern und in Baden beteiligt. Zu den pfälzischen Spezifika gehört es auch, dass ein „Kirchenkampf“ im eigentlichen Sinne nahezu vollständig ausblieb. Welche Faktoren dies verhindert haben, ist bisher nicht schlüssig geklärt. Besondere Bedeutung gewinnt die Pfalz zudem durch ihre konfessionelle Struktur, durch die Saarfrage und durch die Rolle der Landeskirche bei der Annexion Lothringens.

Das geplante Handbuch wird ein differenziertes Gesamtbild von der Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit zeichnen. Dabei geht es nicht nur um die Bündelung der vorhandenen Literatur. Durch quellenorientierte Arbeit werden Forschungsfortschritte angestrebt, die als Grundlage für weitere Untersuchungen zum Nationalsozialismus in der Pfalz und für regionale Vergleichsstudien dienen können. Durch seine Lesbarkeit soll

das Handbuch zugleich einen Beitrag zur historisch-politischen Bildung leisten. Natürlich liegt ein solches Projekt auch im kirchlichen Eigeninteresse. Die NS-Geschichte spiegelt in verdichteter Form Gefährdungen, Verführbarkeit und Widerstandspotenzial im pfälzischen Protestantismus. Die Auseinandersetzung mit entsprechenden Fragen betrifft auch die gegenwärtige Organisationsgestalt, die gegenwärtige Kultur und das gegenwärtige Erkenntnis der pfälzischen Landeskirche. Kirchengeschichtsforschung tut gut daran, diese Konstellation bewusst zu halten. Umso sorgfältiger wird sie auf die Einhaltung der wissenschaftlichen Standards historischer Forschung achten.

Das Handbuch beschränkt sich auf die Zeit zwischen 1933 und 1945. Die Vorgeschichte wird in einem Artikel über Protestantismus und Nationalsozialismus vor 1933 berücksichtigt. Die Brüche und Kontinuitäten nach dem Ende des Regimes sind Thema eines eigenen Artikels, während die kirchliche und politische Neuordnung sowie der „Nachkirchenkampf“ bewusst ausgeklammert bleiben.

Die konzeptionelle Gesamtstruktur des Handbuchs soll einschlägige

Engführungen regionalkirchengeschichtlicher Forschung vermeiden. Die Ereignisse auf der Ebene der Reichskirche sollen mitberücksichtigt werden. Sie haben vor allem 1933 und 1934 die landeskirchlichen Entwicklungen massiv beeinflusst. Umgekehrt ist davon auszugehen, dass Ludwig Diehl 1935 bis 1937 im Reichskirchenausschuss seine Erfahrungen mit den „Befriedigungsversuchen“ in der Pfalz auch auf Reichsebene zur Geltung bringen konnte. Gelegentlich ist der Blick auf benachbarte Landeskirchen aufschlussreich. Harry Oelke wird der Einordnung in die Gesamtentwicklung im deutschen Protestantismus einen eigenen Artikel widmen. In den thematisch orientierten Beiträgen soll der reichskirchengeschichtliche Horizont ebenfalls präsent sein. Auch die politischen Entwicklungen sollen beachtet werden. Dabei geht es nicht nur um die Kirchenpolitik des NS-Regimes im engeren Sinne, sondern auch um die Frage, wie die Landeskirche auf die NS-Politik insgesamt reagierte. Das Kirchenkampfparadigma ist für diese Konzeption nicht leitend. Die Spannungen zwischen verschiedenen innerkirchlichen Gruppen sowie die Abwehr staatlicher Eingriffe in den kirchlichen Binnenbereich sind lediglich Perspektiven neben anderen.

Die einzelnen Artikel behandeln die Geschichte der Landeskirche in verschiedenen Fokussierungen. In einem ersten Abschnitt werden wichtige Etappen der Landeskirchengeschichte in chronologischer Ordnung skizziert. Der zweite Abschnitt widmet sich relevanten Institutionen, Organen und Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirche. Im dritten Abschnitt wird das landeskirchliche Handeln im Blick auf verschiedene Felder der NS-Politik untersucht. Der vierte Abschnitt behandelt genau kirchliche Handlungsfelder. An den thematischen Block schließen sich biografische Skizzen an, die konzentriert auf ein bis zwei Seiten wichtige Informationen zur Person bündeln. Behandelt werden kirchliche Funktionsträger, die herausragende Bedeutung hatten oder exemplarisch für eine bestimmte kirchliche, respektive politische Strömung stehen. Aufgenommen werden auch hervorgehobene politische Funktionsträger mit dezidiert protestantischer Prägung. Ein bibliografischer Anhang und ein Register schließen das Handbuch ab.

Redaktionsschluss für die Beiträge ist das Jahresende 2012. Die Veröffentlichung soll 2014 beim Verlagshaus Speyer in Kooperation mit einem Partnerverlag erfolgen. Am 10. September 2011 wurde das Projekt mit einer Autorentagung der Öffentlichkeit vorgestellt. Weitere Tagungen werden die Entstehung des Handbuchs begleiten.

**Die Aufarbeitung der Geschichte der pfälzischen Landeskirche im Nationalsozialismus ist überfällig.**



# THEMEN FÜR JUNGE MENSCHEN

## Jan Hendrik Quandt über seine Pläne in der Akademie

Seit Mitte September ist Jan Hendrik Quandt als wissenschaftlicher Studienleiter und Jugendbildungsreferent verantwortlich für das Programm der „Jungen Akademie“. Quandt hat in Bielefeld und Santiago de Chile Soziologie, Jura und Politikwissenschaften studiert und will an der Evangelischen Akademie der Pfalz wirtschafts- und unternehmensethische Themenfelder für Jugendliche und junge Erwachsene erschließen. Für die „Protexe“ sprach Martin Schuck mit Jan Hendrik Quandt über dessen Pläne und Erwartungen an sein neues Arbeitsfeld.

*In der letzten Ausgabe der „Protexe“ wurden Sie in den „Hausmitteilungen“ als „demnächst promovierter Soziologe und Wirtschaftsethiker“ vorgestellt. Wie lautet das Thema Ihrer Dissertation, die Sie im Rahmen Ihrer Promotion geschrieben haben?*

Meine Dissertation ist der Frage gewidmet, wie in einer globalisierten Welt, trotz des vielfach beschworenen Machtverlustes von Nationalstaaten, Regeln für ein verantwortliches Wirtschaften geschaffen und durchgesetzt werden können. Es geht also um neue, globale Rechtsentwicklungen bezogen auf den Bereich der Corporate Social Responsibility (CSR). Dieses Forschungsgebiet war bislang eher von einem Nebeneinander theoretisch-normativer Ansätze einerseits sowie konkreter Einzelfallstudien andererseits geprägt – ich habe versucht, beides zusammenzudenken.

Um ein praktisches Beispiel zu geben: Wie kann sichergestellt werden, dass Kleidung, die in Deutschland verkauft wird, jedoch in Indien produziert, unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde? Wie kann eine deutsche Kundin oder ein Kunde sich sicher sein, dass im Pazifik gefangener Fisch trotzdem unter Bedingungen gefischt wurde, die



Jan Hendrik Quandt. (Foto: view)

nicht zur Ausrottung ganzer Arten führen? Eine Lösung – neben anderen – können hier CSR-Gütesiegel bilden, welche eine relativ junge Methode der Regulation von Wirtschaft darstellen.

*Wie sieht Ihr neues Arbeitsgebiet in der Evangelischen Akademie aus?*

Da ich erst seit September in der Evangelischen Akademie der Pfalz tätig bin, besteht meine Arbeit derzeit noch zu großen Teilen im Kennenlernen, Fragen, Einarbeiten und Ins-Gespräch-Kommen. Inhaltlich bildet die Arbeit am Projekt „Junge Akademie Verantwortliches Wirtschaften“ einen eindeutigen Schwerpunkt. Das Vorhaben befindet sich aktuell in einer Pilotierungsphase, ist also noch im Aufbau begriffen. Dabei fallen konzeptionelle, strategische und begleitende Arbeiten an. Den besonderen Reiz dieser Arbeit macht für mich die Möglichkeit aus, einen Schwerpunkt, hinter dem ich inhaltlich voll stehe, von Anfang an aufzubauen und zu verantworten.

Konkret heißt das für meinen Arbeitsalltag, dass ich derzeit aktiv das Gespräch mit möglichst vielen Ansprechpartnern aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik suche, um ihnen meine Begeisterung für unser Projekt nahezubringen. Darüber hinaus plane ich Workshops und Diskussionsveranstaltungen für die „Junge Akademie Verantwortliches Wirtschaften“, wie beispielsweise den Auftaktworkshop, der unter dem Titel „Fukushima – Was ist der Preis für unseren Strom?“ im September in der Technischen Universität Kaiserslau-

tern stattfand. Nicht zuletzt muss auch und gerade ein wissenschaftlicher Studienleiter akademisch auf dem Stand der Dinge bleiben, so dass ich meine Netzwerke aus Doktorandenzeiten pflege und regelmäßig Konferenzen im Bereich der Wirtschafts- und Unternehmensethik besuche.

*Wie sehen Sie die Perspektiven der „Jungen Akademie“?*

Die „Junge Akademie Verantwortliches Wirtschaften“ ist ein tolles Angebot für junge Menschen, die sich mit Wirtschaft und Wirtschaftsethik beschäftigen und in diesen Themenfeldern Qualifikationen erwerben möchten. Ich werde meine Energie dafür einsetzen, dieses Angebot möglichst vielen klugen Schülerinnen und Schülern sowie jungen Studierenden vorzustellen, damit auch sie diese Chance nutzen können. Langfristig sehe ich deshalb die Perspektiven der Jungen Akademie in Form eines Förderprogramms und (Alumni-)Netzwerkes sehr positiv und freue mich auf die Arbeit mit den Stipendiaten.

*Gibt es einen Themenbereich, den Sie in Zukunft gerne bearbeiten würden?*

Ich arbeite genau in dem Bereich, den ich spannend finde, und genieße damit den Luxus, jener kleinen Gruppe von Arbeitnehmern anzugehören, die sich für die Ziele ihres Jobs auch in der Freizeit engagieren würden. Trotzdem gehört persönliche Weiterentwicklung unbedingt zu einem erfüllten Arbeitsleben, und auch Bereiche wie Fragen der internationalen Zusammenarbeit oder eine Beschäftigung mit Veränderungsprozessen in Wirtschaftsunternehmen finde ich sehr spannend.

## Freunde suchen Freunde

**Einladung zur Mitgliedschaft.** Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

**Ihre Vorteile als Mitglied:** > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protexe und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

*So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de). Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau*

**GESELLSCHAFT DER FREUNDE  
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE  
DER PFALZ E.V.**

## AN DER GRENZE DES LEBENS

Fragen, die für die Grundorientierung eines freiheitlichen Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind, stehen im Mittelpunkt der „Akademiegespräche“, einer vom Frank-Loeb-Institut Landau und der Evangelischen Akademie der Pfalz verantworteten Veranstaltungsreihe. Im Fokus der diesjährigen Gespräche stehen existenzielle Herausforderungen der Gegenwart. Jeweils zwei Gäste tragen ihre Positionen vor und diskutieren mit den Anwesenden.

Über die Frage der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) hat der Deutsche Bundestag im Juli 2011 entschieden. Die Abgeordneten sprachen sich für eine Zulassung unter strengen Voraussetzungen aus. Der Staat beansprucht damit Eingriffe in fundamentale Fragen menschlicher Existenz: Welches Leben bekommt eine Chance – und welches nicht? Kritiker befürchten, dass wir mit der PID auf eine Gesellschaft zusteuern, in der Menschen selektiert werden. Befürwortern geht es darum, jedem Menschen ein Recht auf optimale Startbedingungen einzuräumen.

Christian Schad, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz, und Prof. Dr. med. Wolfram Henn, Humangenetiker am Universitätsklinikum Homburg/Saar erörtern die Frage, ob sich die Folgen der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Medizin politisch steuern lassen und ob die Politik in diesem Bereich noch Grenzen setzen kann. Sie diskutieren über einen verantwortlichen Umgang mit diagnostischen Fortschritten und darüber, was die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen und was wir daraus lernen können.

**Präimplantationsdiagnostik (PID) – Fragen zu Beginn des Lebens**  
Termin: 24. Januar 2012, 19 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Altes Kaufhaus Landau

Im Hintergrund der Problematik von Migration und Abschottung stehen die Auswirkungen des „arabischen Frühlings“, mit dem die Hoffnung auf eine demokratische Transformation Nordafrikas verbunden ist. Die Zunahme der Flüchtlingsströme nach Europa hat zur Folge, dass beispielsweise die Grenzschutzagentur Frontex verhindert, dass Flüchtlinge in die EU einreisen. Somit grenzt sich die EU nach außen immer hermetischer ab, während die Grenzen im Innern an Bedeutung verlieren.

Staatsministerin Margit Conrad, Vertreterin des Landes beim Bund und bei der Europäischen Union, und der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Universität Koblenz-Landau, sprechen darüber, in welche Richtung die EU steuert und ob die zunehmende Abschottung der richtige Weg sein kann. Sie fragen, wie die Zurückweisung von Flüchtlingen unter Inkaufnahme der Verletzung von Menschenrechten gerechtfertigt werden kann. Handelt die EU nicht gegen ihre eigenen Prinzipien, vor allem gegen die eigene Grundrechtecharta?

**Festung Europa – Zukunftsperspektiven und Legitimationsprobleme**  
Termin: 6. Februar 2012, 19 Uhr  
Ort: Kulturzentrum Altes Kaufhaus Landau  
Der Eintritt ist jeweils frei.

## AKADEMIEPROGRAMM

Stand Dezember 2011

20. und 21. Januar 2012

Landau, Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus  
**Die Pfälzische Landeskirche im Nationalsozialismus – Das Umbruchjahr 1933**

Die Tagung untersucht den Zusammenbruch kirchlicher und demokratischer Strukturen in der Pfalz. Mit Professor Dr. Christoph Strohm (Universität Heidelberg) und Dr. Thomas Fandel (Speyer). In Zusammenarbeit mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte.

24. Januar 2012, 19 Uhr

Akademiegespräch in Landau, Kulturzentrum Altes Kaufhaus  
**Präimplantationsdiagnostik (PID): Fragen zu Beginn des Lebens**

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau.

Mit Christian Schad, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche der Pfalz, und Prof. Dr. med. Wolfram Henn, Humangenetiker am Universitätsklinikum Homburg/Saar.

25. Januar 2012, 19.30 bis 21 Uhr

Gesprächskreis in Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus

**Islamische Banken – Hätten sie die Finanzkrise verhindert?**  
In Zusammenarbeit mit dem Christlich-islamischen Gesprächskreis und dem Heinrich-Pesch-Haus Ludwigshafen.

Mit Zaid El-Mogadedi, Institute for Islamic Banking and Finance in Frankfurt, Prof. Dr. Reinhard H. Schmidt, Lehrstuhl für Internationales Bank- und Finanzwesen, Goethe-Universität Frankfurt, Gesprächsleitung: Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

17. bis 19. Februar 2012

Tagung in Bad Dürkheim, Martin-Butzer-Haus

**Moderne Medizin für alle? Medizinische Forschung – Wirtschaftliche Risiken – Politische Entscheidungen**  
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

22. Februar 2012, 18 bis 21 Uhr

Abendveranstaltung in Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus

**Verantwortung für den Standort Deutschland? Aschermittwoch der Wirtschaft**

Zu Gast sind der Unternehmer Wolfgang Grupp (Trigema) und der Theologe Friedhelm Hengsbach SJ. Der Abend beginnt mit einem ökumenischen Gottesdienst.

In Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Rhein-Neckar und den Wirtschaftsjuvenen Mannheim/Ludwigshafen.

3. März 2012

Tagesveranstaltung in Kaiserslautern, Technische Universität

**Fukushima – Was ist der Preis für unseren Strom? Verbraucherperspektiven für eine nachhaltige Energieversorgung**

Die Veranstaltung im Rahmen der Jungen Akademie „Verantwortliches Wirtschaften“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren, die sich für sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen interessieren.

In Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Kaiserslautern.

5. bis 8. März 2012

Tagung in Enkenbach, Haus Mühlberg

**Globales Zusammenwachsen. Frühjahrsakademie des Evangelischen Studienwerkes Villigst**

Seminar im Rahmen der Frühjahrsakademie des Evangelischen Studienwerkes Villigst zum Thema „Wachstum“.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

e-mail: [info@capfalz.de](mailto:info@capfalz.de) > [www.capfalz.de](http://www.capfalz.de)

## WAS WOLLEN SIE WISSEN?

**So kommen Sie an mehr Informationen:** Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

Vorname  Name

e-mail  Beruf

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel. privat  Tel. dienstlich